

dem Waffenstillstand nicht abgehalten, die bedingungslose Übergabe auch solcher Gefangener zu verlangen, die wegen derartiger Vergehen und Verbrechen verurteilt worden waren. Es ist nicht einzusehen, warum in dieser Beziehung die deutschen Gefangenen in der Hand der alliierten und assoziierten Regierungen anders behandelt werden sollen als die in deutscher Hand befindlichen feindlichen Gefangenen. Die Nachrichten, die fortgesetzt über die Behandlung namentlich der noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen der deutschen Regierung zugegangen sind, lassen es als unbedingt erforderlich erscheinen, für sie jetzt endlich eine bessere Behandlung

durchzusetzen. Gerade die Herbeiführung einer Verständigung über die Einzelheiten sollte der Zweck der vorgeschlagenen mündlichen Beratungen sein. Es hätte, wenn sich die feindlichen Regierungen von dem Gefühle der Billigkeit leiten lassen, selbstverständlich sein müssen, daß die noch in feindlicher Gefangenschaft zurückgebliebenen Kriegsgefangenen dieselben Vergünstigungen hätten genießen müssen, wie sie den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte beim Abschluß des Waffenstillstandes in Deutschland zugestanden worden sind. Die deutsche Regierung kann nach diesen Vorgängen durchaus nicht sicher sein, daß die deutschen Kriegsgefangenen bis zu ihrer Heimkehrung mit voller

Berücksichtigung ihres Gefühlslebens und ihrer Bedürfnisse

behandelt werden. Wenn im übrigen die alliierten und assoziierten Regierungen behaupten, daß sie hinsichtlich der Nachforschungen nach den Vermissten und der Pflege der Grabstätten alle billigen Wünsche erfüllt hätten und zu erfüllen gewillt sind, so ist nicht einzusehen, warum sie sich weigern, in den Vertrag Bestimmungen aufzunehmen, die auch ihrerseits vollständige Gegenseitigkeit gewährleisten. Die Behauptung der alliierten und assoziierten Regierungen, daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch Deutschland einerseits möglich sei, ist gewissermaßen ungeheuerlich. Sie wird widerlegt durch unzählige eidliche Aussagen deutscher Kriegsgefangener, die namentlich in Frankreich das härteste Los zu erdulden haben. Die Welt mag auf Grund dieser Aussagen urteilen, auf welcher Seite das Unrecht zu suchen ist.

Ausrufung der pfälzischen Republik.

Die seit Tagen erwartete Ausrufung der pfälzischen Republik ist am Donnerstag zur Tatsache geworden. Die hochverräterischen, auf Loslösung der Pfalz von Bayern abzielenden Pläne einflussreicher Leute wurden von Frankreich nachdrücklich unterstützt. Nur dadurch wurde letzten Endes auch die Ausrufung der Republik möglich. Es ist klar, daß die französische Absicht dahin geht, eine an sich weder politisch noch wirtschaftlich lebensfähige Zwergrepublik Pfalz so eng mit Frankreich zu verketten, daß in der Praxis die Pfalz ein Anhängsel am Elsaß-Rothringen bildet und den französischen Besitz auf dem linken Rheinufer abrundet.

Aus Bamberg wird gemeldet: Die Ministerpräsident Hoffmann am Freitag im Landtag mitteilte, ist am Donnerstag die Pfalz von verräterischen Vandauer Bürgern, an deren Spitze der Chemiker Dr. Haas, Holzhändler Schenk, Ingenieur Müller und Leppichhändler Hofer standen, unter dem Schutze Frankreichs zur unabhängigen Republik erklärt worden. Die am Vandauer Putzsch vom vorigen Sonntag beteiligten Personen, die von der bayerischen Regierung verhaftet worden waren, sind auf Befehl der französischen Militärbehörde wieder freigelassen worden. Dagegen ist der deutsch gesinnte Bürgermeister von Sandau in Haft genommen und der Regierungspräsident der Pfalz von Winterstein des Landes verwiesen worden. Aus dem Programm, erklärte Ministerpräsident Hoffmann weiter, ist zunächst ersichtlich, daß die Franzosen entgegen dem am Sonntag in Speyer einmütig kundgegebenen Willen der Vertretung des gesamten pfälzischen Volkes ihre Bestrebungen auf die Loslösung der Pfalz vom Reich fortsetzen und entgegen allen Völkern- und Menschenrechten Richter, Beamte, die nur ihre amtlichen und vaterländischen Pflichten erfüllt haben, ins Gefängnis warfen. Aus dem Telegramm ist weiter ersichtlich, daß es wie bei uns, so auch in der Pfalz Lumpen gibt, die ihr Vaterland verraten und verkauft haben. Gegen die Vergewaltigung der Pfalz und der Beamten der Regierung durch die Franzosen haben wir in Saaz und hier öffentlich Protest eingelegt. Der tapferen pfälzischen Bevölkerung und den treuen Beamten sprechen wir unseren Dank, den Verrätern am Rufe und Lande unsere Verachtung aus. So weit die Mitteilung des Ministerpräsidenten, von der das Haus mit heifer Erregung und Pfuirufen Kenntnis nahm.

Meutereien französischer Marinetruppen in Südrussland.

Verfaßtes, 23. Mai. (W. I. B.) „Le Vague“ veröffentlicht einen Brief eines französischen Matrosen aus Sebastopol vom 22. April 1919. Danach räumen die französischen Truppen Rußland, weil auf französischen Schiffen und einigen anderen vor Sebastopol liegenden Schiffen Revolten ausbrechen. Am 21. April hißte die Besatzung dieser Schiffe die rote Flagge. Landurlaubern schlugen sich auf die Seite der Bolschewisten und durchzogen Sebastopol. Es kam zu Schießereien, wobei es Tote und Verwundete gab. Als die Matrosen die Räumung Rußlands forderten, antwortete der General mit der Zusicherung, daß Rußland binnen 14 Tagen geräumt sein werde. Wenn es nicht geräumt würde, würden alle französischen Matrosen revolvieren.

Der russische Bolschewismus vor dem Sturz?

Die Nachrichten wiederholen sich, daß die Entente jetzt alles anwendet oder anwenden will, um den russischen Bolschewismus zu stürzen. In Schweizer diplomatischen Kreisen regnet man, wie es heißt, mit Bestimmtheit damit, daß der Sturz der Sowjetregierung bevorsteht. Die Operationen der Entente würden mit einer auffallenden Energie geführt. Ähnliche Redungen trafen sich schon seit geraumer Zeit aus der Schweiz, ohne daß sie sich bestätigten. Diesmal aber werden sie tatsächlich durch kriegerische Handlungen bestätigt, die, wie es scheint, die Bolschewisten von allen Seiten bedrängen und den Anschein erwecken, als ob

diese dem Ersturm von allen Seiten nicht standhalten werden. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß von Südwesten Osten, Russen und Finnen gegen Petersburg vorrückten. Von englischen oder französischen Truppen hört man weniger. Die Franzosen sollen übrigens ihre Truppen im Osten nicht mehr sicher sein. Doch ist sicher, daß diese Aktion der ausmengenwürflichsten Verbände unter Oberleitung der Entente steht. Es wird auch bereits von militärischen Erfolgen berichtet. Ingermanland soll von den Bolschewisten befreit sein und die Bahnstrecke Rarwa-Petersburg soll sich bereits in den Händen der vorkämpfenden Kolonnen befinden.

Von der anderen Seite greifen die Polen an, die die Festung Lud erobert haben sollen. Die skandinavische Front gegen den Bolschewismus soll sich verflärt haben. Die Nachricht, daß baltische Freiwilligenverbände Riga erobert haben, bestätigt sich ebenfalls. Aber neben diesen Aktionen gehen zwei im inneren Rußland einher. Die eine leitet General Denikin, der in Südrussland den Bolschewismus bekämpft und von einem großen Siege zu messen weiß, die andere General Koltchak, der angeblich ebenfalls von der Entente günstig ist.

Obwohl die Möglichkeit eines Sturzes des Bolschewismus wohl gegeben ist, möchten wir die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß es sich bei diesen Redungen, die auf ihre Richtigkeit schwer zu prüfen sind, vielleicht doch um Stimmungsmache handeln könnte, zu dem Zweck, diejenigen Kreise in Deutschland, die Hilfe von Rußland erwarten, zu entmutigen und für das Unterschreiben des Friedensvertrages geistig zu machen. Vom gleichen Gesichtspunkte aus bewerten wir auch die nachstehende Meldung:

Amsterdam, 24. Mai. (W. I. B.) Die „Times“ melden aus Helsingfors vom Dienstag, daß in Petersburg und Umgebung ein großer Brand mit bestiger Explosion beobachtet wurde. Man glaubt, daß die Bolschewisten durch den Vormarsch der Estländer in die Enge getrieben, Munitionslager in die Luft fliegen ließen. Aus der Umgebung von Petersburg wird Maschinengewehrfeuer gemeldet. Es verläutet, daß die Bevölkerung sich gegen die Bolschewisten erheben hat.

Amsterdam, 23. Mai. (W. I. B.) Der Amsterdamer Telegraph meldet aus Paris: Die Alliierten hätten die Absicht, den Admiral Koltchak als Haupt der russischen Regierung anzuerkennen.

Kleine politische Mitteilungen.

Um die Reichsverfassung. Von parlamentarischer Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wird am Dienstag, den 27. Mai, in Berlin wieder zusammentreten. Er will so lange tagen, bis der ganze Verfassungsentwurf durchberaten ist. Seine Tagung in Berlin hängt damit zusammen, daß jeden Tag wieder die Nationalversammlung einberufen werden kann und die Hin- und Herreisen von Weimar nach Berlin vermieden werden sollen.

Zusammenschluß der thüringischen Staaten. Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag nahm Freitag nachmittag als erste thüringische Volksvertretung das Gesetz über den Zusammenschluß der thüringischen Staaten zur Schaffung Großthüringens einstimmig an. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hartmann wurde zum Vorsitzenden im Ministerium gewählt.

Riga von lettischen Truppen besetzt. Donnerstag sind lettische freiwillige Truppen in Riga eingedrungen und haben sich in der Stadt festgesetzt. Es sind allerdings schwache Kräfte, die den Vorstoß gegen Riga unternommen haben, so daß es noch ungewiß ist, ob sie sich auf die Dauer werden halten können, zumal die bolschewistische Armee zu einer neuen Offensive der kurländischen Front angesetzt und am Donnerstag bei Bauß erneut angegriffen hat.

Das Frauenstimmrecht in Amerika. Eine Radio-Meldung aus Washington zufolge hat das amerikanische Abgeordnetenhaus den Gesetzesentwurf bezüglich des Frauenstimmrechtes mit 304 gegen 89 Stimmen angenommen.

Schwere Unruhen in Kanada. In Winnipeg (Kanada) wurde vor einigen Tagen der Generalstreik erklärt und eine Sowjetregierung errichtet. Infolge des Generalstreiks ist das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt und die Stadt steht, nach einer Meldung des „Telegraph“, einer bewaffneten Festsung ähnlich. Die Streiks breiten sich in einzelnen Teilen Kanadas aus. Der „Times“ wird aus Montreal berichtet, daß die Zustände in Winnipeg hoffnungslos erscheinen. Winnipeg wird von dem Zentralstreikkomitee des Arbeitervolkes beherrscht. Es wird ernstlich versucht, die britischen Einrichtungen durch das Sowjetregime zu ersetzen. Die Ziele der Gewerkschaften sind rein bolschewistisch. Die Regierung ergreift Maßnahmen, um gegen die Bolschewisten aufzutreten. Die Bevölkerung hat zu Sicherheitszwecken ein Freiwilligenheer aufgestellt.

Sächsische Volkshammer.

Dresden, 23. Mai. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung über den sozialdemokratischen Antrag betreffend

Maßnahmen gegen den Bodenwucher.

Abg. Schomborn (Soz.) begründet den Antrag, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß baldmöglichst ein Reichsgesetz erlassen werde, wodurch schon jetzt vor der Sozialisierung des Grund und Bodens der privaten Spekulation und dem Wucher mit bebautem und unbebautem Grund und Boden ein Ende gemacht werde. Schon während des Krieges sei die Tendenz hervorgetreten, sein Kapital in Grund und Boden anzulegen. Man sei gern bereit, besonders landwirtschaftlichen Grundbesitz weit über den Wert zu bezahlen. Ähnlich ergehe es auch mit dem städtischen Grundbesitz. Es sei eines sozialistischen Staates unwürdig, dem Wucher in Grund und Boden lange zuzulassen. Es scheine nicht, als ob das Reich ohne Anstoß zum Träger einer gesunden Bodenpolitik werden wolle. Deshalb müsse die sächsische Regierung mit Vorschlägen und Forderungen an das Reich herantreten. Das russische Beispiel könne nicht zur Nachahmung anregen. Es müsse vorläufiger vorgegangen werden. Der Staat müsse das Vorkaufsrecht für Grund und Boden übernehmen. Es müsse ein Gesetz kommen, durch das eine allgemeine Schätzung aller städtischen und landwirtschaftlichen Grundstücke durchgeführt, ferner die Festsetzung von Höchstpreisen für Grund und Boden, allgemeines Enteignungsrecht, Verbot des Ver-

kaufes von Grundstücken zum Zwecke der Ausbeutung, vorherige Ummeldung von beabsichtigtem Grundstücksverkauf und ein Verbot des Verkaufs von Gemeindegrundstücken wird. Der Antrag wird sofort in Schlussberatung genommen.

Abg. Kruppe (Dem.) begrüßt den Antrag mit Freuden. Dadurch werde man dem Ziele der Bodenreform näherkommen. Reichsland, das jetzt vielfach frei werde, dürfe nicht wieder der Privatpekulation anheimfallen.

Abg. Kammelsberg (Deutschnat.) erklärt, es müsse ein Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Grundbesitz gemacht werden. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse müßten in erster Linie Berücksichtigung finden und die Gefahr einer vorzeitigen gesetzlichen Regelung vermieden werden. Darum dürfe die Befehlgabe gegen den Bodenwucher, den auch seine Freunde bekämpften, nicht aus dem Handgelenk gemacht werden, sondern müsse einer gründlichen Beratung durch Sachverständige unterzogen werden.

Minister des Innern Uhlig erklärt, daß die Regierung der Angelegenheit die gespannteste Aufmerksamkeit zuzuwende, schon wegen der Wohnungsfürsorge. Das Landeswohnungsamt sei mit der entsprechenden Vorarbeit betraut. In Berlin sei bereits angefragt worden, ob die Reichsregierung beabsichtige, in der Richtung des vorliegenden Antrages vorzugehen. Darauf sei erwidert worden, daß auch die Reichsregierung vorbereitende Schritte schon unternommen habe. Sollte aber das Reich in absehbarer Zeit nicht dazu kommen, geeignete Maßnahmen zu treffen, so werde die sächsische Regierung versuchen, selbstständig im Sinne des Antrags vorzugehen.

Abg. Dönhardt (Unabh.) wünscht ebenfalls den Übergang des Grund und Bodens in Gemeindegewalt; die Überführung müsse aber allmählich erfolgen. Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Weiter steht zur Beratung die Petition des deutschen Bauernbundes, Abt. Sachsen, betr. die Wiederaufnahme der in nichtbäuerlichen Besitz übergegangenem Bauerngüter in den Bauernhand.

Abg. Lehmann (Deutschnat.) bittet den Antrage des Verordnungs- und Deputationsausschusses zuzustimmen, die Petition, soweit sie ihrem Kerne nach darauf gerichtet ist, landwirtschaftliche Flächen, die von Nichtbauern erworben worden sind, der Eigenbewirtschaftung durch Landwirte, namentlich kleinere Landwirte wieder zuzuführen, der Regierung in dem Sinne zur Erwägung zu überweisen, daß diese die Reichsregierung zu entsprechenden Maßnahmen veranlassen.

Abg. Jochim (Demokr.) stimmt dem Antrag zu. Abg. Kaiser (D. Sp.) weist darauf hin, daß ein großer Teil von Industrielassen sich landwirtschaftliche Flächen gekauft habe, um den Arbeitern die Möglichkeit des Durchhaltens während des Krieges zu geben und sie ansiedeln zu können. Hübel erklärt namens der Regierung, daß diese bestehen. Es komme nicht darauf an, wer das Gut besitze, sondern darauf, wie es bewirtschaftet wird. Geheimrat Dr. von Hübel erklärt namens der Regierung, daß diese die bestehenden Verhältnisse anerkenne und Veranlassung genommen habe, daß eine entsprechende Reichsverordnung erlassen werde. Der Antrag des Petitionsausschusses findet hierauf einstimmige Annahme.

Nächste Sitzung Montag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr. Interpellation Bühring und Gen. (Unabh.), betr. Mißstände in der Heimindustrie. — Schluß nach 11 Uhr.

Neues aus aller Welt.

— Eine Falschmeldung. Die von der I. R. verbreitete Nachricht, daß ein deutscher Kurier aus Versailles zurückgekehrt worden sei, weil er ein Paket mit diplomatischen Papieren verloren habe, ist in vollem Umfange unzutreffend. Alle Kurierbefragungen sind vollständig an ihren Bestimmungsort gelangt.

— Textilarbeiterausstand in Nordböhmen. Die Textilarbeiter in der Reichenberger Industriebezirk hat am Donnerstag in einer von vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen besuchten Massenversammlung beschlossen, wegen Nichterfüllung der gestellten Lohnforderungen am Freitag in allen Betrieben in den Ausstand zu treten. Es werden daraufhin am Freitag weit über 10 000 Textilarbeiter der Bezirke Reichenberg und Kraugau in den Ausstand treten.

— „Kanonier Schumann.“ — Was jetzt im Heer möglich ist. Eine abenteuerliche Geschichte erzählte ein junges Mädchen in Berlin, das vier Wochen lang verschwunden war, bis es jetzt wieder ermittelt wurde. Diese Geschichte klingt nicht so ohne weiteres glaubwürdig, hat sich aber jetzt durchaus wahr erwiesen. Das junge Mädchen, das erst fünfzehn Jahre zählt, war von einem Offiziersstellvertreter betört worden. Dieser, ein erst achtzehn Jahre alter Mann, war Unteroffizier, gab sich aber bei seinem Eintritt in einen Truppenteil für einen Bizefwebel aus und wurde daraufhin zum Offiziersstellvertreter befördert. Er bemühte nun die Abwesenheit seines Batterieführers zu einem Schwindel, um die fünfzehnjährige Dauerrin an sich zu fesseln. Dem Stellvertreter des Batterieführers, einem Wachtmeister, spiegelte er vor, sie sei seine einzige Schwester, und weil die Eltern beide tot seien, so möchte er sie gern ständig mit sich haben. So erreichte er es, daß sie im Bureau beschäftigt und als Kanonier Schumann, nach seinem Namen, geführt wurde. Unter diesem Namen bezog sie auch Wohnung und Verpflegung und erhielt auch noch in einem Privatquartier ein möbliertes Zimmer gestellt. Die Überführung des Truppenteils nach dem Osten machte der „Kanonier Schumann“ noch mit. Dort kam aber der Batterieführer hinter den Schwindel und entließ den angeblichen Kanonier. Jetzt trat ein zweiter Offiziersstellvertreter auf, ein gewisser Wolfram, der im Wirklichkeit nur Befreiter war, sich als Feldwebel eingeschleiert hatte und nach einer gewissen Dienstzeit ebenfalls Offiziersstellvertreter geworden war. Wolfram spielte den Vormund des jungen Mädchens, erhielt den Auftrag, es zu Verwandten nach Berlin zu bringen, fuhr aber statt dessen mit ihr nach Marienburg und brachte es dort unter der Vorpflegung, daß es seine Schwester sei, als Verkäuferin in einem Geschäft unter. Nach der Abreise des „Vormundes“ offenbarte sich das junge Ding, das bisher ganz willenslos gewesen war, der Geschäftsfrau und erzählte ihr, daß alles Schwindel sei, was mit ihr getrieben werde. Nach langen Nachforschungen kam der Vater der vermissten Tochter endlich auf die Spur und holte sie aus einem Hotel in Marien-

burg, in der Wohnung rüd. Gegen Freitag 1. R. Vater beim einer Kind ges, gegen antrag gest — Das bet aus R von zehn neu-Dollar einen Aut istet worde der Zeitung König in C für ihn burt an au zu verhönd berwoogen einem trag trägt geru hatte verfu und sich le ein Auto u der mit f schenke des Rosenbof in Verhönd die Ritter wüchtigen Bestßer U

• Ge in dem Ha und 16 H dem Schö Nahrungsm Klagten da Pfund ein ihren Bra Das Fleis wachen d angefehene der Markt der städti glaubt, de Nur B. g es Pferd darum ge händlers halb eine wurden fr haben.

Dresd Nacht zum ziger- und mendes W Kiegei der pfflich der schwererri Cliche scher Eink 21/3 3 wurde von hohen gien besch maßvoller Eßaffergim

— 1 Dom 14. deutschen der Besch gewährten tägliche Teuerung deutschen kengen, se man sich, gen, das zeit mit lohnt wir kung des neuen T Mark. D terber D folge die behlicher

Dr. G r u — 1 folgt im Zeit tom dem Berg einer der — waderan der. Sozi infolge fe gels der Kränge Quellen ten. Die das Krie das Geh und auch schucht w mer im hausewoud chernom auch be